

Herbst 1946. Die Taktik der SED war damit festgelegt — und von ihrem Standpunkt war es nur folgerichtig, wenn sie und mit ihr die SM AD auf der Beteiligung aller Parteien an der Bildung der neuen Landesregierungen bestanden. Auf diese Weise blieb der Schein der „antifaschistisch-demokratischen Einheit“ gewahrt, während die SED gleichzeitig sämtliche Schlüsselpositionen in den neuen Regierungen besetzte, ohne eine Opposition fürchten zu müssen. Mit (vorläufiger) Ausnahme von Sachsen-Anhalt, wo die LDP den Ministerpräsidenten stellte, besetzte die SED in sämtlichen Landesregierungen die Ämter des Ministerpräsidenten sowie der Minister für Inneres und für Volksbildung.

Das Verhältnis der SED zur LDP und besonders zur CDU spitzte sich im Jahre 1947 mehr und mehr zu und geriet in eine latente Krise. Es waren vor allem die allgemeine Rechtsunsicherheit in der SBZ und die schleichenden und unverhüllten Enteignungen (so die im Sommer 1947 in allen Ländern der SBZ rechtswidrig durchgeführten Enteignungen der restlichen Bergbaubetriebe und Bodenschätze in private? Hand), die zunehmenden Widerstand hervorriefen. Mit Schärfe verurteilte z. B. *Jakob Kaiser* vor dem erweiterten Vorstand der CDU am 12. Juli 1947 „gewisse Methoden des Arbeitseinsatzes“⁷⁴, womit er die von den deutschen Arbeitsämtern für die Sowjets durchgeführten Zwangsverpflichtungen zum Uranerzbergbau meinte, und behandelte, indem er auf die wachsende Unruhe unter der Bevölkerung einging, „die Frage der Internierungen und der mangelnden Rechtssicherheit, die sich zum Beispiel in anhaltenden Enteignungsbestrebungen äußert“⁷⁴. Im gleichen Sinne schrieb *Dr. Johann Baptist Gradl* in der „Neuen Zeit“: „Die Union hat Ja gesagt zur Enteignung der Kriegsverbrecher und Aktivisten, sie hat nicht Ja gesagt, daß darüber hinaus Enteignungsaktionen durchgeführt werden, die eine radikale Änderung der sozialwirtschaftlichen Struktur der Ostzone weit über den Bereich der Kriegsverbrecher und Aktivisten hinaus bewirken und die noch immer mit rigorosen Mitteln unter extensiver Anwendung von Denazifizierungsvorschriften fortgesetzt werden. Diese einseitige Praxis entspricht dem politischen Endziel der SED, nicht aber dem Grundsatz einer wohlverstandenen Zusammenarbeit“⁷⁵.“ Vergebens brachte der Abgeordnete *Dr. Hans Müller-Bernhardt*, einer der Mitbegründer der LDP in Leipzig, am 30. September 1947 im Sächsischen Landtag im Namen seiner Fraktion eine Anfrage ein, in der er sich für die Rückgabe einer Reihe enteigneter Betriebe

74 „Für aufrechte Unionspolitik“, in „Neue Zeit“ vom 13. Juli 1947.

75 *Johann B. Gradl* „Die Zusammenarbeit der Parteien“, in „Neue Zeit“ vom 30. Juli 1947.